

Kritische Theorie muss praktisch werden!

Im Kern einer Verbindung von Revolution und Campus steht die kritische Theorie. Sie ist im Gegensatz zu anderen Ausfassungen von Wissenschaft mit ihrem Gegenstand verbunden und zielt auf die Veränderung der Verhältnisse im Sinne einer emanzipierten Gesellschaft. Ein solcher Ansatz ist vor allem heutzutage essentiell, um sich abseits von einer neoliberalen Ökonomisierung und einem Erstarren von nationalistischen und faschistischen Kräften, andere Formen von Gesellschaft überhaupt vorstellen zu können. Die kritische Theorie hinterfragt und kritisiert Machtverhältnisse und ist dabei parteiisch im Sinne der Emanzipation und damit auf der Seite von unterdrückten und/oder deprivilegierten Menschen. Sie verfolgt das Ziel diesen Menschen Stimmen im gesellschaftlichen Diskurs zu geben und kann daher als Vertreterin radikaler Demokratie und Gerechtigkeit gesehen werden. Dieser Wandel darf sich allerdings nicht nur auf die Universität beschränken, sondern muss sich als gesamtgesellschaftliche Transformation vollziehen! Aus all diesen Punkten wird klar, dass kritische Theorie wichtig für eine emanzipatorische und offene Gesellschaft ist. Deshalb ist es wichtig, Kritik auf die Praxis zu beziehen. An folgendem Beispiel zeigt sich, wie kritische Theorie auf eine gesellschaftliche Praxis bezogen werden kann:

Die diskriminierende Praxis der Ersatzfreiheitsstrafe

388 Menschen mussten in Hessen 2016 eine Haftstrafe infolge einer ausstehenden Zahlung wegen des Fahrens ohne Fahrschein antreten. Hierbei handelt es sich um die Praxis der sogenannten Ersatzfreiheitsstrafe, bei der Menschen, die Geldstrafen nicht bezahlen können, stattdessen eine Haftstrafe antreten müssen. Dadurch werden gezielt sozial und ökonomisch deprivilegierte Bevölkerungsschichten bestraft. Der Staat wirkt hier als Architekt sozialer Ungleichheit. Fragestellungen wie die der Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe oder eine Umgestaltung des ÖPNV zu einem kostenlosen und somit inklusiven Angebot für alle Menschen, sowie gesellschaftliche Verhältnisse allgemeinerer Art können nur durch eine umfassende kritische Analyse und das Hinterfragen staatlicher Regierungstechniken adäquat aufgefasst werden.

Die Ersatzfreiheitsstrafe ist ein Überbleibsel veralteter Straftheorien, die nach dem Dogma „Strafe muss sein“ verfahren. Diese stellen nicht den gesellschaftlichen Nutzen, den mensch sich von einer Freiheitsstrafe erhofft, in den Vordergrund, sondern nur die reine Wiederherstellung des verletzten Rechts. Diese sogenannten *absoluten* Straftheorien geraten

ironischerweise in zweierlei Hinsicht in Konflikt mit den Rechtsprinzipien, deren Gültigkeit sie ja eigentlich rigoros einfordern. Gerechtes Strafen basiert *erstens* auf dem sogenannten Talionsprinzip, wonach die Strafe der Schwere des Verbrechens angemessen sein muss. Dieser Anspruch wird bei der Ersatzfreiheitsstrafe deutlich verfehlt, denn eine Gefängnisstrafe steht in keinerlei angemessener Beziehung zum Tatbestand des Fahrens ohne Fahrschein. *Zweitens* gestaltet es sich als nicht ganz unproblematisch, die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde, mit der Praxis des „Freiheitsentzugs“ (also Menschen gegen ihren Willen einzusperrn und ihren Alltag streng staatlich zu regulieren) in Einklang zu bringen. Trotz dieses problematischen Punkts wird die Freiheitsstrafe insgesamt im öffentlichen Diskurs kaum hinterfragt. Moderne demokratische Staaten verbinden die Institution Gefängnis zwar mit einem „Resozialisierungsanspruch“ und bieten ihren Insass*innen daher oft Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die es ihnen ermöglichen sollen, sich in das gesellschaftliche Leben wiedereinzugliedern, wobei es sich hierbei lediglich um die Wiedereingliederung in die Lohnarbeit handelt. Doch in der Praxis ist es damit nicht so weit her. SPIEGEL Online veröffentlichte 2013 den Artikel „Weggesperrt und Vergessen“, in welchem dem Strafvollzug bescheinigt wurde, sich längst vom Ziel der Resozialisierung verabschiedet zu haben und sich stattdessen Parallelgesellschaften in den Gefängnissen bilden, die auf dem Recht des Stärkeren basieren und streng hierarchisch seien.

Insass*innen, die sich einmal in einem solchen System eingerichtet haben, werden sich logischerweise mit einer Rückkehr in die Gesellschaft schwertun, ganz abgesehen davon, dass Menschen nach abgesessener Haftstrafe auf Ablehnung und Misstrauen anderer Menschen stoßen werden. Wer einmal mit dem Stigma des „Ex-Knackis“ belegt ist, wird nur schwer neue soziale Beziehungen knüpfen können, die aber notwendig wären, um nicht im gewohnten sozialen Umfeld erneut straffällig zu werden. Ganz im Gegenteil versperrt die Gefängnisstrafe also strukturell den Zugang zur gesellschaftlichen Partizipation und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder in die gesellschaftliche Isolation oder wieder zurück ins herkömmliche soziale Umfeld, das wiederum die Gefahr erneuter Straffälligkeit birgt.

Die Uni ein Ort für radikalen Wandel

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Praxis der kritischen Theorie den Blick für Alternativen eröffnen kann, indem scheinbar „natürliche“ gesellschaftliche Strukturen wie die Institution Gefängnis und die Praxis des Strafens in Frage gestellt werden. Hierbei wird zugleich eine kritische Analyse und Aufdeckung der Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt. Dies

kann vor allem im Rahmen der Institution Universität geschehen, die somit ein Ort für radikalen Wandel und Revolution sein kann. Doch hierfür braucht es viele verschiedene Gruppen und Akteur*innen, die eine solche Praxis vorantreiben. Wir, die Initiative *Beziehungsweise Kritik* (BzwK), verstehen uns als einen dieser Akteur*innen, die in einer verbindenden Praxis für mehr kritische Theorie streiten. An der Frankfurter Uni war die kritische Theorie lange zuhause, doch auch wenn weiterhin der Schreibtisch Adornos den Anschein wahr, dass in Frankfurt noch ein Ort ist, an dem kritische Theorie studiert werden kann, gerät diese Art der Wissenschaft immer stärker unter Beschuss. Andere Theorieschulen, die sich mit ihren Ideen von „objektiver“ Wissenschaft selbst in die Tasche lügen, kämpfen gegen kritische Perspektiven an und im Zuge der Ökonomisierung der Hochschule ist für kritisches Hinterfragen immer weniger Platz, da Forschung nur noch an ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen wird. Wir, als Studierende müssen gegen diesen Entwicklungen ankämpfen, um die Möglichkeit kritischer Wissenschaft abseits von wirtschaftlichen Interessen zu bewahren. Die kritische Theorie kann eine der Grundlagen für einen radikalen und emanzipatorischen Wandel sein. *Wir fordern daher ein breites Angebot an kritischen Seminaren in allen Fachbereichen! Kritische Theorie muss praktisch werden!*